



Blocker\_3KL IE 73U\_BT / Anzeigen  
321mm x 18.6mm



## Investor für „Grüne Ecke“

**Heilbronn** Das letzte Grundstück ist gekauft, der Neckarbogen wird komplett bebaut. *Von Carola Fuchs*

Es ist eines der Prestigeprojekte in der geplanten Stadtausstellung Neckarbogen auf dem Gelände der Bundesgartenschau 2019 in Heilbronn. Die so genannte Grüne Ecke soll dort architektonische Maßstäbe setzen. Denn zum ersten Mal wird ein fünfstöckiges Gebäude aus Infrarotbeton errichtet. Dieser Baustoff ist eine Mischung aus Zement, Blähgasperlen, Blähglasperlen und Recyclingglas-Granulat und hat wärmedämmende Eigenschaften. Bisher wurden damit nur kleine Häuser errichtet.

Vor gut zwei Monaten hat das Heilbronner Architekturbüro Mattes Riglewski aber das Grundstück der Stadt zurückgegeben, weil einer von vier Mitgebern aus dem Projekt ausgestiegen war und der Investorengemeinschaft damit einen Finanzier verloren hatte. Jetzt hat der Architekt Franz-Josef Mattes mit der Firma Bechtle & Widder einen neuen Partner gefunden – und das Grundstück in der erneuten Ausschreibung wiederbekommen. Die Grüne Ecke – so genannt, weil das Haus auf einem Eckgrundstück des neuen Stadtquartiers steht und die Fassade rundum begrünt werden soll – wird also gebaut.

Damit sind wieder alle 22 Grundstücke des neuen Stadtquartiers vergeben. Dies ist bereits im Entstehen. Der erste Spatenstich ist gefeiert, der Bau einer Tiefgarage



Die Grüne Ecke – ein Bau aus Infrarotbeton – wird realisiert. Entwurf: Mattes Riglewski

hat begonnen. Schon im September sollen auf den Baufeldern H und J die Bagger anrücken. Bis in zwei Jahren müssen die Häuser, die sich durch beispielhafte Architektur auszeichnen sollen, ja auch fertig sein, denn während der Bundesgartenschau 2019 sollen im neuen Stadtviertel bereits Menschen wohnen.

Mit dem Bau der Grünen Ecke möchte Franz-Josef Mattes schon im kommenden März beginnen. Zuvor allerdings braucht der innovative Baustoff noch die Zulassung dafür, dass er für ein Gebäude dieser Kubatur verwendet werden darf. Das Prüfverfahren sei bereits im Gange, sagt der Architekt, er rechne damit, dass die Bewilligung Anfang des nächsten Jahres vorliege.

In der Grünen Ecke will das Architekturbüro, das unter anderem die VIP-Lounge der Münchner Allianz-Arena geplant hat, ein neues Domizil finden. Der Partner Bechtle & Widder realisiert und vermarktet in den oberen Geschossen sieben Wohneinheiten.



Blick über den Neckar auf Gundelsheim mit Schloss Horneck. In dem idyllischen Städtchen sind die Fronten verhärtet.

Foto: Arco Images

## Gundelsheim ist nicht Österreich

**Verwaltungsgericht** Mit hauchdünner Mehrheit ist die Bürgermeisterin im Amt bestätigt worden. Bei der Stimmauszählung gab es Unregelmäßigkeiten. Neu gewählt wird aber nicht. *Von Eberhard Wein*

Der Sekt wird schal, die Blasmusik zieht unverrichteter Dinge ab, und kein strahlender Sieger tritt vor die Bürgerschaft. Der Abend des 26. April des vergangenen Jahres ist in Gundelsheim (Kreis Heilbronn) kein Festtag der Demokratie gewesen, wie Wahltag gerne bezeichnet werden. Zwar hatte sich die Amtsinhaberin bei der Bürgermeisterwahl im ersten Wahlgang durchgesetzt, das aber denkbar knapp. Elf Stimmen lag sie vor ihrem jungen Konkurrenten, lediglich mit einer Stimme übersprang sie die erforderliche absolute Mehrheit. Heike Schokatz musste das erst verdauen. Zwei Tage später bedankte sie sich via Facebook bei ihren Wählern. „Das große Vertrauen, der Mut, der mir zugesprochen wurde, aber auch die Kritik lassen mich nicht unberührt“, schrieb die parteilose Bürgermeisterin, die für die CDU im Kreistag sitzt.

Mehr als ein Jahr später ist Gundelsheim immer noch eine geteilte Stadt und Schokatz noch nicht offiziell in ihr Amt wieder eingeführt. Der Grund ist die Wahlanfechtungsklage einer erklärten Schokatz-Gegnerin, der fast 150 Bürger der 7000-Einwohner-Stadt beitraten und die am Freitag der siebten Kammer des Verwaltungsgerichts in Stuttgart ordentlich Kopfzerbrechen bereitete. „Es gibt für uns einige Nüsse zu knacken“, sagte die Vorsitzende Richterin Sylvia Thoren-Proske. Am Abend veröffentlichte sie den Urteilstenor: Die Klage werde abgewiesen.

Allerdings stellte auch das Gericht fest, dass es eine Vielzahl an Verstößen gegen das Kommunalwahlgesetz und die Kommunalwahlordnung gegeben habe. So waren die Wahlzettel nach der Auszählung nicht ordnungsgemäß versiegelt worden.

Eine Nachauszählung habe im stillen Kämmerlein stattgefunden, statt öffentlich. Der Gemeindevwahlausschuss, der eigentlich eine solche Kontrollzählung hätte anordnen müssen, sei von den drei eifrigen Verwaltungsmitarbeitern nicht einmal informiert worden. Zudem sei die öffentliche Sitzung, in dem das Gremium das offizielle Ergebnis feststellen sollte, erst zwölf Minuten vor Beginn per Aushang bekannt gemacht worden. „Das ist nicht schön“, sagte Richter Thoren-Proske, die sich immer unwillig räusperte.

Armin Wirsing, der Anwalt der Klägerin, ging noch weiter. „Das ist Österreich im Kleinen“, stellte er fest. Doch so weit wie das Verfassungsgericht in Wien, das eine Neuaufgabe der Stichwahl der österreichischen Bundespräsidentenwahl verfügte, wollte die Stuttgarter Kammer nicht gehen. Man habe nicht feststellen können, dass ohne die erkannten Fehler ein anderes Wahlergebnis zumindest möglich gewesen wäre, heißt es im Tenor des Urteils. Dies sei der springende Punkt. Schließlich hätten die drei Verwaltungsmitarbeiter, die sich am Montag nach der Wahl unbefugt, aber wohl nicht mit bösem Willen zur Nachzählung zusammensetzten, nur versucht, das am Abend zuvor festgestellte Ergebnis nachzuzwängen. Es sei ihnen nicht möglich gewesen, das Ergebnis entscheidend zu verändern. Am Wahlabend sei aber wie vorgeschrieben öffentlich ausgezählt worden. Insofern gebe es auch keine apenländi-

ren Verhältnisse. „In Österreich ist der Murks ja schon in den Wahlvorständen passiert“, sagte die Richter.

Allerdings war auch bei der abendlichen Auszählung nicht alles mit rechten Dingen zugegangen. So lagen in einer Wahlurne plötzlich zwei Stimmzettel mehr, als Wähler gezählt worden waren. Die Wahlzettel hätten ineinander gesteckt. Möglicherweise habe man vereinzelt mehrere Stimmzettel ausgegeben, lautet die Erklärung der Stadt. Der örtliche Wahlvorstand hatte die Panne zu heilen versucht, in dem er zwei leere Stimmzettel aus der Urne aussortierte. Eigentlich hätten sie als ungültig gezählt werden müssen. Der Gemeindevwahlausschuss wurde darüber zunächst aber nicht informiert. „Man hat versucht, den Fehler unter den Teppich zu kehren“, sagte die Richter Thoren-Proske.

Der juristische Vertreter der Stadt, Professor Hans-Jörg Birk, warb um Verständnis. „Die Wahlvorstände sind ja keine Profis, sondern Ehrenamtliche“, sagte er. Zudem seien etliche der genannten Verstöße in vielen Gemeinden gängig. Für das Ergebnis sei dies ohnehin unerheblich. Auch ungültige Stimmen würden nicht gewertet. Der Anwalt der Klägerin wollte das nicht stehen lassen. Die Praxis sei egal, sagte Wirsing. „Das ist schlichtweg rechtswidrig.“ Ob nun der Landrat endlich zur feierlichen Amtseinführung anreisen kann, ist ungewiss. Der Klägerin steht der Rechtsweg offen. Ob sie ihn beschreitet, sagte sie nicht.



„Ich musste ein solches Wahlergebnis erst einmal verdauen.“  
Bürgermeisterin Heike Schokatz

## Kirchberg/Jagst Bürgerwindräder sind in Betrieb

An diesem Samstag eröffnet der Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) acht Windräder mit 200 Metern Höhe in Kirchberg an der Jagst. Mehr als 300 Bürger haben 10,5 Millionen Euro dazu beigetragen und damit 95 Prozent der Eigentumsanteile erworben; es handle sich deshalb um den Windpark mit der höchsten Bürgerbeteiligung im Land, so das Ministerium. Insgesamt haben die Betreiber 43,6 Millionen Euro investiert, die Differenz wurde über Kredite finanziert. Wie aus dem umfangreichen Verkaufsprospekt für die Bürger hervorgeht, rechnen die Investoren mit mehr als einer Verdoppelung des Kapitals während der Laufzeit von 21 Jahren.

Insgesamt befürchtet die Branche allerdings, dass durch die neuen Regeln bei der Förderung erneuerbarer Energien die Beteiligung von Bürgern zurückgedrängt wird. Nur noch große Unternehmen könnten das Risiko der Auswahlverfahren auf sich nehmen. In Baden-Württemberg sind derzeit 493 Windkraftanlagen in Betrieb. Damit habe die installierte Leistung seit dem Antritt der damaligen grün-roten Regierung im Jahr 2011 um 80 Prozent zugenommen, sagte Franz Untersteller. *fw*

## Südbaden Kampf gegen Schweizer Fluglärm

Landräte und Abgeordnete aus Südbaden haben bei einem Treffen mit dem Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) darauf hingewiesen, dass die Städte und Gemeinden entlang der Schweizer Grenze keine weitere Belastungen durch den Flughafen Zürich-Kloten hinnehmen wollen. Dabei überreichten sie dem Minister ein Gutachten über die Auswirkungen des von der Schweiz beantragten Ostflugkonzepts. Demnach müsse über den Landkreisen Konstanz, Waldshut und Schwarzwald-Baar mit bis zu 10 000 zusätzlichen Flugbewegungen jährlich gerechnet werden. Mit dem neuen Konzept will die Schweiz den Flugverkehr über Kloten sicherer machen. Das Bundesaufsichtsam für Flugsicherung (BAF) hat bereits seine Zustimmung signalisiert. In ihrem Gutachten zeigen die Landkreise nun Alternativen auf. Dobrindt habe zugesagt, das Papier zu prüfen, heißt es in einer Mitteilung des Konstanzter Landratsamts. *kw*

## Ludwigshafen Vermisster Matrose im Rhein gefunden

Es herrscht nun Gewissheit: Ein Matrose, der am Montagmorgen auf dem Rhein bei Mannheim von einem Kreuzfahrtschiff gefallen ist, ist tot. Die Leiche des 46 Jahre alten Mannes sei in Ludwigshafen am Werks- gelände des Chemiekonzerns BASF an einer Wasserrahmenstelle entdeckt worden, sagte ein Polizeisprecher am Freitag. Der Mann habe seine Ausweispapiere bei sich gehabt und so identifiziert werden können. Vermutlich sei er ertrunken. *lw*



Citroen\_Deutschland\_AG\_BLQ\_KJ 73K / Anzeigen  
321mm x 155mm

